



Presseinformation

Informationsfreiheitsbeauftragte unterstützen KI-Einsatz zur Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen

Die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland (IFK) begrüßt in einer Entschließung vom 24. Juli 2026 den Einsatz und die weitere Entwicklung KI-gestützter Instrumente für die Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen. Sie sieht darin eine Chance, der Öffentlichkeit breiteren Zugang zu gerichtlichen Entscheidungen zu ermöglichen und zugleich den damit verbundenen Aufwand für die Gerichte und Justizverwaltungen zu verringern.

Zur [Entschließung „KI-Instrumente zur Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen weiterentwickeln!“ vom 24. Juli 2026](#)

Zum Hintergrund:

Die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland ist ein Zusammenschluss der Beauftragten für Akteneinsicht, Informationsfreiheit und Transparenz des Bundes und jener Länder, in denen ein Informationsfreiheits-, Informationszugangs- oder Transparenzgesetz besteht. Ihr Ziel ist es, das Recht auf Informationszugang zu fördern und gemeinsam für seine Fortentwicklung einzutreten. Die Beauftragten verständigen sich auf gemeinsame Positionen in Fragen der Informationsfreiheit. Dies geschieht insbesondere durch Entschließungen, Positionspapiere und Stellungnahmen. Die Konferenz tagt zweimal jährlich unter wechselndem Vorsitz.

Verantwortlich: Astrid Oehme, Tel. 033203 356-0

Kleinmachnow, 27. Juli 2026